

## **Beschlussempfehlung und Bericht**

### **des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (19. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Heike Hänsel, Wolfgang Gehrcke,  
Monika Knoche, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.  
– Drucksache 16/5678 –**

### **Deutsche Kolumbien-Politik auf die Stärkung ziviler Friedensinitiativen und der sozialen, demokratischen und Menschenrechte ausrichten**

#### **A. Problem**

Kolumbien ist eines der Länder mit den größten sozialen Gegensätzen. Vor diesem Hintergrund muss die seit mehr als 40 Jahren andauernde bewaffnete Auseinandersetzung zwischen linken Guerilla-Gruppen, rechten paramilitärischen Verbänden und der kolumbianischen Regierung mit verheerenden Folgen für die Menschenrechtssituation im Lande gesehen werden.

In der Auseinandersetzung mit den Guerilla der FARC (Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia) setzt die Regierung unter Präsident Dr. Alvaro Uribe Vélez auf eine Fortsetzung der militärischen Aktionen. Ohne die Einbeziehung der FARC in den Friedensprozess wird jedoch kein dauerhafter Frieden hergestellt werden können.

Abkommen mit rechten Paramilitärs sollten der Demobilisierung dienen, leisteten aber eher der Straflosigkeit, Neustrukturierung paramilitärischer Gruppen und dem Ausbau ihres Einflusses in zivilen Institutionen und der Gesellschaft Vorschub. Seit Jahren weisen Menschenrechtsorganisationen auf die engen Verbindungen der Paramilitärs zu den staatlichen Streitkräften hin.

Opferverbände sehen in der Ausgestaltung des Demobilisierungsprozesses ihr Recht auf Wahrheit, Gerechtigkeit und Entschädigung missachtet. Die wenigsten Paramilitärs werden zur Rechenschaft gezogen. Land zur Rückgabe und Entschädigung wird nur in sehr geringem Maße zur Verfügung gestellt und ob es tatsächlich den Vertriebenen und Opfern zugute kommt, ist nicht geklärt. Auch die von der Regierung auf den Weg gebrachten Änderungen des Gesetzes zur Übertragung von Eigentumstiteln bieten den Binnenflüchtlingen keinen Schutz, sondern unterstützen und sichern illegale Landaneignungen.

Der Plan Colombia treibt die Militarisierung sozialer Konflikte voran. Die wichtige Frage der Bodenreform wird durch die „Bekämpfung des illegalen Drogenanbaus“, die sich wesentlich gegen die auf den Kokaanbau angewiesenen Kleinbauern richtet, überlagert.

Die Konzeption der Friedenslabors (Laboratorios de Paz) als bedeutendste Maßnahme der Entwicklungszusammenarbeit der EU mit Kolumbien und als Beitrag zu einer zivilen Konfliktbewältigung, deren ursprünglicher Ansatz zu begrüßen war, wurde seit Antritt der Regierung von Präsident Dr. Alvaro Uribe Vélez deutlich verändert. Die Regionen, in denen sie tätig sind, stehen unter paramilitärischer Kontrolle, es herrscht Krieg und die Regierung ist Konfliktpartei. Die Friedenslabors sollten kritisch reflektiert und diskutiert werden.

Als direkte Reaktion auf die kriegerischen Konflikte, die Vertreibungen und die gewaltsame Landnahme entstand in den 90er Jahren das Konzept der Friedensgemeinden. Diese berufen sich auf das humanitäre Völkerrecht und wollen das Recht der Zivilbevölkerung durchsetzen, nicht in kriegerische Konflikte einbezogen zu werden. Sie sehen sich großem Druck und gewaltsamen Übergriffen der Paramilitärs ausgesetzt. Organisationen, die die Friedensgemeinden in Kolumbien unterstützen, werden massiv bedroht. Als wichtiger alternativer Ansatz zur Überwindung von Gewalt in Kolumbien verdienen die Friedensgemeinden internationale Unterstützung und Schutz.

## **B. Lösung**

**Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

## **C. Alternativen**

Annahme des Antrags.

## **D. Kosten**

Wurden nicht erörtert.

## **Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,  
den Antrag auf Drucksache 16/5678 abzulehnen.

Berlin, den 23. Januar 2008

### **Der Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung**

**Thilo Hoppe**  
Vorsitzender

**Anette Hübinger**  
Berichterstatterin

**Dr. Sascha Raabe**  
Berichterstatter

**Dr. Karl Addicks**  
Berichterstatter

**Heike Hänsel**  
Berichterstatterin

**Ute Koczy**  
Berichterstatterin

## Bericht der Abgeordneten Anette Hübinger, Dr. Sascha Raabe, Dr. Karl Addicks, Heike Hänsel und Ute Koczy

### I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 16/5678** in seiner 108. Sitzung am 5. Juli 2007 zur Federführung an den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und zur Mitberatung an den Auswärtigen Ausschuss und den Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe überwiesen.

### II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Ausrichtung der deutschen Kolumbien-Politik auf die Stärkung ziviler Friedensinitiativen, sozialer und demokratischer Rechte und der Menschenrechte.

### III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Auswärtige Ausschuss** hat den Antrag in seiner 56. Sitzung am 23. Januar 2008 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung.

Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat den Antrag in seiner 50. Sitzung am 23. Januar 2008 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Abwesenheit der Fraktionen FDP und DIE LINKE. die Ablehnung.

### IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnis im federführenden Ausschuss

Die **Fraktion DIE LINKE.** betont, sie setze sich mit dem Antrag dafür ein, zu einer staatlichen Entwicklungszusammenarbeit mit den Friedensgemeinden zu kommen. Diese sollten auch von den Durchführungsorganisationen aktiv unterstützt werden. Außerdem müsse der Druck durch die Bundesregierung auf Präsident Dr. Alvaro Uribe Vélez, sich an Menschenrechtsstandards zu orientieren sowie Men-

schenrechtsaktivisten zu schützen und nicht zu gefährden, erhöht werden. Die Forderung, die FARC von der Terrorliste der EU zu nehmen, bezwecke, die Reisemöglichkeiten und damit die Friedensverhandlungen zu erleichtern. Es gehe nicht darum, Guerilla-Gruppen politisch reinzuwaschen.

Die **Fraktion der CDU/CSU** sieht viele Punkte in dem Antrag als richtig erkannt, die Gewaltbereitschaft in Kolumbien sei aber zu hoch, um nur auf Friedensgemeinden und Friedenslabors zu setzen. Sie lehne den Antrag ab.

Die **Fraktion der SPD** erklärt, dass in der Problemstellung und den Lösungsvorschlägen des Antrags zwar einige richtige Punkte enthalten seien, insgesamt aber nur eine Seite der Wirklichkeit in Kolumbien dargestellt werde. Objektiv gegebene Verbesserungen der Sicherheitslage, die bei allen Unzulänglichkeiten auch etwas mit der Regierungspolitik und dem Demobilisierungsprozess der Paramilitärs zu tun hätten, würden ausgeblendet und es würde sich zu wenig und unkritisch mit der Rolle der brutalen Terrorgruppe FARC auseinandergesetzt. Deshalb lehne sie den Antrag ab.

Die **Fraktion der FDP** betont, den Antrag in einigen Punkten unterstützen zu können. Aufgrund der Forderung, die FARC von der Terrorliste zu streichen, sei er in seiner Gesamtheit aber nicht diskutabel. Erst wenn die FARC alle Geiseln freilasse und die Geiselnahmen, Entführungen und Übergriffe beende, sei zu erwägen, sie längerfristig von der Liste zu nehmen. Sie lehne den Antrag ab.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** begrüßt, dass der Antrag eine Stärkung der Friedensinitiativen vorsieht. Wegen der Forderung, die FARC von der Terrorliste zu streichen, könne sie aber nicht zustimmen. Die FARC gehöre auf diese Liste. Sie enthalte sich der Stimme.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat den Antrag in seiner 51. Sitzung am 12. Dezember 2007 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

Berlin, den 23. Januar 2008

**Anette Hübinger**  
Berichterstatlerin

**Dr. Sascha Raabe**  
Berichterstatler

**Dr. Karl Addicks**  
Berichterstatler

**Heike Hänsel**  
Berichterstatlerin

**Ute Koczy**  
Berichterstatlerin